

Defensive Gewerkschaftspolitik

Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt

Große Klassenkämpfe sind im Jahre 2011 ausgeblieben. Während in Südeuropa und selbst in Großbritannien Massenstreiks zum Alltag werden, herrscht in Deutschland weitgehend Friedhofsruhe. Eine Ursache ist die wirtschaftliche Entwicklung, die den Beschäftigten nicht mehr Kurzarbeit und Entlassungen, sondern Überstunden und Sonderschichten bescherte. Die andere ist die auf Kooperation und Standortwettbewerb ausgerichtete Politik der Gewerkschaftsspitzen, die den Boom nicht genutzt haben, um den Trend zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben umzukehren. Nichtsdestotrotz hat es 2011 eine Reihe von Konflikten gegeben, die eine alternative Richtung gewerkschaftlicher Politik andeuten.

In der Krise haben die Beschäftigten mit Lohnkürzungen und – im Fall von Leiharbeitern und Befristeten – mit Entlassungen für das Scheitern neoliberaler Politik bezahlt. Und auch im Aufschwung zahlen sie: mit Arbeitsverdichtung und weiterer Prekarisierung. Statt neue, regulär bezahlte Stammarbeitsplätze zu schaffen, setzen die Konzerne auf Leiharbeiter, Befristete und Beschäftigte mit Werkverträgen. Der zurückliegende Wirtschaftseinbruch hat aus ihrer Sicht schließlich bewiesen, wie leicht man diese wieder auf die Straße setzen kann. Geringfügige Beschäftigung und Billigarbeit in allen Varianten sind gleichfalls weiter auf dem Vormarsch.

Prekäre Arbeit skandalisiert

Die Gewerkschaften haben es 2011 immerhin geschafft, in manchen dieser Fragen gesellschaftliche Deutungsmacht zu erlangen. Sie haben die Ungleichbehandlung von Leiharbeitern erfolgreich skandalisiert. Zum geforderten „Equal Pay und Equal Treatment“, also gleicher Bezahlung und Behandlung von Leih- und Stammbeschäftigten, ist es aber noch ein langer Weg. Selbst in den gewerkschaftlichen Hochburgen der Großindustrie sind diese trotz diverser Betriebsvereinbarungen größtenteils noch nicht erreicht.

Beim Mindestlohn wurde gesellschaftlicher Druck erzeugt

Materiell wenig durchgesetzt haben die Gewerkschaften auch beim Mindestlohn. Allerdings ist der gesellschaftliche Druck mittlerweile so groß, dass sich selbst die CDU veranlasst sieht, Aktivität zu simulieren. Gut möglich, dass 2012 das Jahr wird, in dem der gesetzliche Mindestlohn tatsächlich eingeführt wird. Ob er aber ernsthafte Folgen hat, hängt von der Konzeption und vor allem von seiner Höhe ab. Aber immerhin: Es besteht die Chance, nach Jahrzehnten endlich mal wieder eine Reform durchzusetzen, die diesen Namen auch verdient.

Einzelne Konflikte deuten alternative Richtung an

Von der Welle betrieblicher Auseinandersetzungen, die viele zu Beginn der Krise erwartet hatten, war 2011 nichts zu sehen. Eine Ausnahme bildete die Frankenthaler Belegschaft des Druckmaschinenherstellers Koenig & Bauer (KBA), die sechs Wochen streikte, Verlagerung und Arbeitsplatzabbau aber nicht verhindern konnte. In vielen anderen Unternehmen, zum Beispiel bei Opel, gingen Rationalisierung und Stellenstreichungen ohne aufsehenerregende Konflikte über die Bühne. Zumeist beschränkten sich Betriebsräte und Gewerkschaft darauf, den Abbau durch Abfindungen und „Transfergesellschaften“ abzufedern.

Auf tariflicher Ebene entwickelten sich in diesem Jahr allerdings einige Konflikte, die eine andere Richtung gewerkschaftlicher Politik andeuteten. So setzte ver.di in der Medienbranche auf gemeinsame Streiks von Druckern, Redakteuren und Verlagsangestellten, um Unternehmerattacken zur Verlängerung der Arbeitszeiten und Schlechterstellung von Neueingestellten abzuwehren. Es war das erste Mal seit über 25 Jahren, dass diese Beschäftigtengruppen zusammen in Aktion getreten sind, wodurch die Verschlechterungen weitgehend abgewehrt werden konnten – wenn auch zum Preis niedriger Lohnabschlüsse.



Solidarität spielte auch beim zwölfwöchigen Arbeitskampf bei der Charité Facility Management GmbH (CFM) in Berlin eine große Rolle. Die Beschäftigten der Charité-Service-tochter gingen nicht nur gemeinsam mit den zeitweise ebenfalls im Streik befindlichen Kolleginnen der Ostberliner Alpenland Pflegeheime auf die Straße. Sie wurden auch von S-Bahnern, Metallern und anderen Gewerkschaftern unterstützt. Exemplarisch war der Konflikt aber vor allem, weil die Streikenden eine Vielzahl von Aktionen auf die Beine stellten – von Kundgebungen vor Parteibüros und bei Aufsichtsratssitzungen über Flashmobs im Berliner Dussmann-Kaufhaus, Blockaden des Charité-Zentrallagers bis hin zu großen Soliveranstaltungen und –demonstrationen.

Nur so konnte mit dem Ausstand, an dem sich das Gros der Beschäftigten aus Angst nicht beteiligte, immerhin ein Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde durchgesetzt werden. Materiell deutlich erfolgreicher war im Mai die Belegschaft der Charité selbst. Infolge ihres einwöchigen Streiks mussten zeitweise fast die Hälfte der Betten stillgelegt und 90 % aller Operationen abgesagt werden. Damit hat ver.di am Berliner Uniklinikum bewiesen: Ein Erzwingungsstreik ist auch in der Pflege möglich. Leider hat die Gewerkschaft diese Erfahrung kaum verallgemeinert. Die Kampagne »Der Druck muss raus« zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kliniken hat bislang keine Kraft entfaltet.

Reallöhne stagnieren trotz explodierender Gewinne

Das Gros der Tarifausschreibungen wurde auch 2011 eher defensiv geführt. Der Effekt: Die Reallöhne stagnieren auch im Aufschwung, während die Profite der Konzerne geradezu explodieren. Den Schaden haben nicht nur die Beschäftigten hierzulande, sondern vor allem die Länder der europäischen Peripherie, deren Wirtschaften dem deutschen Lohndumping in Kombination mit hoher Rationalisierung nicht standhalten können. Schon jetzt kommt dieser Krisenexport als Bumerang in Form schwindender Absatzmärkte nach Deutschland zurück.

Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften in Deutschland im vergangenen Jahr Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 9,2 Millionen Beschäftigte ab, darunter etwa 7,9 Mio. in den alten und 1,3 Mio. in den neuen Bundesländern. Die Laufzeit der Verträge beträgt durchschnittlich 22,8 Monate und liegt damit nur geringfügig niedriger als im Vorjahr mit 24,3 Monaten. Für weitere 7,4 Mio. Beschäftigte traten im Jahr 2011 Erhöhungen in Kraft, die bereits 2010 oder früher vereinbart worden waren.

DGB/BDA-Initiative gekippt

Innergewerkschaftlich haben sich die Kräfteverhältnisse 2011 nicht grundlegend verändert. Sowohl in ver.di als auch in der IG Metall ist die Gewerkschaftslinken schwach, in der IG BCE nicht existent. Bei der IG Metall sitzt das sozialdemokratische „Triumvirat“ Berthold Huber, Detlef Wetzel und Bertin Eichler trotz sich andeutender interner Differenzen fest im Sattel. Und in ver.di ist und bleibt Frank Bsirske als über den Fachbereichen schwebender Vorsitzender unersetzbar. Dass auch er mit seiner Autorität nicht alles durchdrücken kann, hat allerdings die Auseinandersetzung um die Initiative des DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zur „Tarifeinheit“ gezeigt. Nach diversen Abstimmungsniederlagen musste der ver.di-Chef den Vorstoß, der eine Einschränkung des Streikrechts

sogenannter Spartengewerkschaften bedeutet hätte, noch vor dem Bundeskongress beerdigen. Diese Erfahrung lehrt zweierlei: Einerseits, dass die Gewerkschaftsspitzen in ihrem korporatistischen Kurs selbst vor einer gemeinsam mit den Unternehmerverbänden betriebenen Beschneidung des Streikrechts nicht Halt machen. Andererseits, dass man selbst in den bürokratisierten Großgewerkschaften etwas bewegen kann.

Hohe Forderungen und eine koordinierte Tariffbewegung

In diesem Jahr stehen neben den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) auch Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Bankgewerbe, in der chemischen Industrie, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Kfz-Gewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe und in verschiedenen Bereichen der Ernährungswirtschaft an. Verhandelt wird auch bei großen Unternehmen wie der Deutschen Telekom und bei Volkswagen. Wichtig in den diesjährigen Runden ist, weitere Reallohnsenkungen zu verhindern. Hohe Forderungen, verbunden mit einem Mindest- oder Festgeldbetrag in Höhe von 250 bis 300 € sind notwendig, um die unteren Einkommen besser abzusichern, da dort die Verluste in den vergangenen Jahren am höchsten waren und der Niedriglohnssektor sich stark ausgebreitet hat. Armutslöhne schwächen die gewerkschaftliche Kampfkraft. Dagegen hilft nur eine koordinierte Tariffbewegung.

Streiks vorbereiten und Bündnisse schmieden

Ein längerer Streik wird notwendig sein, um ein gutes Ergebnis zu erreichen. Ein Streik ist aber auch deshalb wichtig, dass die Gewerkschaften ihre Durchsetzungskraft zurückgewinnen und neue Generationen von Vertrauensleuten Streikerfahrung sammeln können. Ohne Streikerfahrung sind die Gewerkschaften bald nicht mehr in der Lage, Streiks zu organisieren und werden in die Bedeutungslosigkeit absinken.

Wir brauchen über die Branchen hinweg eine koordinierte aktive Tariffbewegung von unten, nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für das Zurückdrängen der prekären Beschäftigungsverhältnisse und für Mindestlöhne von 10 € lohnsteuerfrei. Die Gegenwehr der Gegenseite wird groß sein, deshalb müssen wir uns auf längere massive Streiks vorbereiten und die Bevölkerung über unsere Ziele aufklären. Das wird umso leichter gelingen, wenn dies in den Kontext des Kampfes gegen die Krise gestellt wird und wir dazu den Schulterschluss mit den Anti-Krisenbündnissen und sozialen Bewegungen suchen wie auch mit Bewegungen in anderen europäischen Ländern.

Daniel Behruzi, Journalist

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Europäischen Aktionskonferenz in Frankfurt/Main vom 24. bis 26. Februar 2012

Internationale Solidarität gegen das Krisenkommando der Troika-Mächte!

Ort: Studierendenhaus Campus Bockenheim

Infos unter: www.european-resistance.org

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss:

10. Februar 2012

Arbeitszeitkonferenz München

23. bis 24. März 2012-Beginn: 18.00Uhr

Tagungsort: EineWeltHaus, München
Schwanthalerstr.80/ U4,U5 HS Theresienwiese

Arbeit Fair Teilen

Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung!
Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit
Arbeitszeitverkürzung als gesamtgesellschaftl. Projekt
Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung
Ökologische Wirkung von Arbeitszeitverkürzung
Auswege aus der Arbeitsverdichtung
Jugendperspektive, Frauenperspektive
www.attac-muenchen.org (unter Termine)

Breites Bündnis für Anti-Krisenproteste

Auch in Deutschland werden jetzt die Proteste gegen die Politik der Troika (EU, EZB und IWF) bundesweit organisiert. Am 22. Januar trafen sich in Frankfurt 250 Aktive aus verschiedenen Netzwerken zu einem produktiven Austausch über die Planungen für 2012. Der Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken brachte dort den unten folgenden Beitrag ein. Am 24. bis 26. Februar soll eine Aktionskonferenz mit internationaler Beteiligung in Frankfurt für die Vertiefung der inhaltlichen Diskussionen sowie die Konkretisierung der praktischen Vorbereitungen dienen.

Die Aktionskonferenz wird am Freitag, dem 24.2., um 19:30 Uhr in Frankfurt in der Uni, Raum xxx mit einer Podiumsveranstaltung beginnen, auf der in erster Linie Aktive aus Europa zu Wort kommen. Für Samstag, den 25.2., werden vielfältige inhaltliche und praktische Arbeitsgruppen vorbereitet, zudem wird über den Termin für die zentrale Mobilisierung im Mai nach Frankfurt entschieden. Weitere Infos unter: www.kapitalmuskrise.org

Die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise wirft die Systemfrage auf

Von Woche zu Woche wird deutlicher, dass die herkömmlichen Mittel bürgerlicher Krisenbewältigung nichts taugen. Der Grund liegt in der kapitalistischen Überproduktionskrise. Sie war letztlich die Ursache für die Verlagerung von anlagehungrigem Kapital in den Finanzsektor, der für sich genommen schließlich keine Werte schaffen kann. Blasenbildung, Spekulation und Zusammenbrüche (z. B. im Immobiliensektor) waren die logische Folge der „Finanzmarktliberalisierung“. 2007 brach die internationale Wirtschaftskrise los und erreichte nach der Lehmannpleite im September 2008 einen ersten Höhepunkt.

Diese Überproduktionskrise ergibt sich aus der gewaltig gestiegenen Produktivität, die es gerade auch der deutschen Industrie ermöglicht hat, ausländische „Mitbewerber“ und sogar ganze Volkswirtschaften (nicht nur in Südeuropa) niederzukonkurrieren. Die schwache Lohnentwicklung in Deutschland war dabei ein Baustein, der zu den großen Ungleichgewichten auf europäischer und internationaler Ebene beigetragen hat.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass den ständig steigenden industriellen Kapazitäten keine ausreichende kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht. Schlimmer noch: Das Kapital strebt ständig danach, seine Profite auf Kosten der Löhne zu sanieren, was gerade in Deutschland zur dramatischen Ausdehnung des Niedriglohnsektors geführt hat und weiter führt. Leiharbeit, Werkverträge und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind Instrumente zur Entrechtung und Einschüchterung der Betroffenen, zur Entsolidarisierung und somit zur Schwächung der Widerstandspotentiale. Darüber hinaus bilden sie eine Drohkulisse für alle übrigen Beschäftigten.

Hinzu kommt, dass in der ersten Zuspitzung der großen internationalen Wirtschaftskrise (2008/2009) die Regierungen enorme Summen in die Rettung von Banken und Konzernen gesteckt haben. Zur Finanzierung der dadurch entstandenen Haushaltslöcher soll nun überall gerade bei denen gespart werden, die überhaupt die Werte schaffen, sprich bei den Lohnabhängigen. Lohnsenkungen, Entlassungen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit usw. stehen auf dem Programm praktisch aller EU-Staaten, ob mit oder ohne Euro. Das Geld aber da zu holen, wo es ist, nämlich beim Kapital und den Reichen, ist für bürgerliche Politik ein Tabu.

Diese Krise wirft – auch vor dem Hintergrund von Klimawandel, Ernährungskrise, Kriegen usw. – mehr als alle anderen Krisen seit dem zweiten Weltkrieg die Systemfrage auf. Wir befinden uns nicht mehr in einer „normalen“ Konjunkturkrise. Diese Krise wird nicht mit einem Regierungsbeschluss (egal ob national oder international) oder mit einem Konjunkturprogramm zu beheben sein. Wenn wir – und die gesamte Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung – nicht tatenlos zusehen wollen, wie die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, wenn wir nicht zulassen wollen, dass diese Krise in einem Amok-Kreislauf ständig eskaliert und die Profitsicherungsmethoden

ständig, nach innen und außen, repressiver werden, bis hin zum Entstehen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Regimes, dann muss dieser Entwicklung eine andere Logik entgegengesetzt werden. Die soziale und Gewerkschaftsbewegung und alle, die für gleichberechtigtes Leben, frei von Unterdrückung und Ausbeutung, eintreten, müssen gemeinsam dafür kämpfen, eine menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchzusetzen.

Das fängt damit an, dass wir uns dafür stark machen, das Geld da zu holen, wo es ist: bei den Reichen. Den gewaltigen (und täglich steigenden Schulden) der Staaten stehen ebenso gewaltige Reichtümer und Forderungen der Anleihenkäufer (Millionäre, Milliardäre und ihre Geldinstitute) gegenüber. Ihre Forderungen sind illegitim. Die Staatsschulden sind demzufolge zu streichen.

Zweitens stellen wir fest, dass eine Bank zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört und sie nicht in privater Hand belassen werden darf. Wir treten deshalb für die entschädigungslose Enteignung des Bankensektors ein. Ähnliches gilt es, für den Energiesektor und andere Bereiche zu überlegen.

Drittens muss ein breiter und geschlossener Kampf für erträgliche Lebensbedingungen geführt werden. Dazu gehört ein akzeptabler Mindestlohn von wenigstens 10 € lohnsteuerfrei genauso wie das Verbot von Leiharbeit und allen anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hier sind die Gewerkschaften gefordert, nicht mehr länger die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals im Blick zu haben, sondern die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Schon die laufenden Tarifrunden sollten für die Durchsetzung kräftiger Lohnerhöhungen genutzt werden.

Aus all diesen Gründen rufen wir dazu auf, massenhaft an den Protesten in diesem Frühjahr teilzunehmen. Dabei favorisieren wir ein Angebot unterschiedlicher Aktionsformen, die es den einen ermöglichen, in „traditioneller“ Weise zu demonstrieren, wie auch anderen Menschen, an Aktionen teilzunehmen, die aus der bisherigen „Routine“ ausbrechen und zu bewussten Regelverletzungen aufrufen. Ein gegenseitiges Distanzieren würde der Wirksamkeit des breiten Protestes schaden. Blockaden, etwa im Frankfurter Bankensektor, halten wir deswegen für ausgesprochen sinnvoll, wenn außerdem (z. B. am Tag danach) eine „traditionelle“ Demonstration angesetzt wird. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag des Stuttgarter Krisenbündnisses, auch gegen die Bundesregierung und das Kapital (nicht nur die Banken) zu protestieren, weshalb eine 2. Demo in Berlin sinnvoll wäre. Auch halten wir den Vorschlag für gut, dass sich die Krisenbündnisse an den diversen 1. Mai-Mobilisierungen durch eigenständige Aktionen beteiligen wegen des internationalen Charakters dieses Tages und seiner langjährigen Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
19.1.2012

Bilanz: 96 Tage Streik beim Schwarzwälder Boten um die Tarifbindung

Fast 100 Tage haben die KollegInnen der 3 ausgelagerten Betriebe beim Schwarzwälder Boten (Schwabo) in Oberndorf für die Tarifbindung gestreikt, davon 75 Tage hintereinander. Dank eines der längsten Streiks in der Tarifgeschichte des Medienbereichs konnten die KollegInnen die Tarifbindung für die drei ausgelagerten Betriebe erreichen, darauf können sie wahrlich stolz sein!

Das Ergebnis

- Für die vor ca. 3 ½ Jahren ausgelagerte Druckvorstufe (Grafikbote) konnte zwar ein Anerkennungstarifvertrag und damit die Tarifbindung wieder erreicht werden, doch wird diese Mitte des Jahres geschlossen. Immerhin konnte bei den Verhandlungen über den Sozialplan noch erreicht werden, dass ca. 1/3 der über 50 betroffenen KollegInnen in den anderen beiden ausgelagerten Betrieben Arbeitsplatzangebote erhalten.
- Für die anderen beiden Betriebe – die Medienvermarktungsgesellschaft und die Redaktionsgesellschaft – konnte ein Anerkennungstarifvertrag für die Altbeschäftigten und für KollegInnen, die bis Ende 2012 übernommen werden, erreicht werden. Aber für die Neueingestellten wird es Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag – letztendlich einen Absenkungstarifvertrag – geben. Ein Vorhaben des Zeitungsverlegerverbandes, der in der letztjährigen Tarifrunde durch die Streiks der Redakteure/innen abgewehrt werden konnte. Ein Teilerfolg für die streikenden KollegInnen des Schwabo! Mehr - d.h. auch der Erhalt des gültigen Flächentarifvertrages für die NeueinsteigerInnen und möglicherweise auch der Erhalt des Grafikboten, der schwarze Zahlen schreibt -, wäre nur möglich gewesen, wenn es im ganzen Konzern zu breiten Soliaktionen bis hin zu Solistreiks gekommen wäre.

Die Haltung der Betriebsräte im Konzern der Südwestdeutschen Medienholding (SWMH)

Der Schwarzwälder Bote gehört zu dem zweitgrößten Verlagskonzern – der Südwestdeutschen Medienholding (SWMH) mit Sitz in Stuttgart - zu der auch der Süddeutsche Verlag (SV) mit seinem Flaggschiff *Süddeutsche Zeitung* (SZ) in München – eine der wichtigsten nationalen Tageszeitungen in der Bundesrepublik – gehört.

Tariffucht ist eine der Strategien der SWMH-Konzernleitung, um in einem schwieriger werdenden Markt, die Nase vor der Konkurrenz vorne zu behalten und die entsprechenden Renditen einzufahren. In den vergangenen Jahren wurde vor allem bei den Zeitschriftenverlagen Tariffucht begangen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Soliaktionen unumgänglich sind, um dieser Gesamtstrategie der Konzernleitung von Belegschaftsseite etwas entgegen setzen zu können.

Vor Beginn des Streiks haben der Betriebsrat (BR) des Schwabo und ver.di zahlreiche und kreative Aktionen in der Öffentlichkeit durchgeführt – angefangen von Interviews in lokalen Zeitungen und Radiostationen, bis hin zu Flugblattverteilaktionen in der Innenstadt, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Während des Streiks (der von Mitte Mai bis Anfang Dezember ging), und z.T. in die Warnstreiks der Redakteure/innen und Angestellten der Zeitungsverlage und der Druckindustrie fiel, haben die KollegInnen des Schwabo vor allem viel Solidarität bis hin zu Solidaritätsstreiks von den KollegInnen der Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten und der dazugehörigen Druckerei erfahren.

Auf die Durchführung von Soliaktionen oder gar Solistreiks im SV mussten die KollegInnen lange warten. Erst im Oktober entschloss sich der Konzernbetriebsrat (KBR) des

SV – nachdem er einen Offenen Brief an die Konzern- und Geschäftsleitung verfasst hatte – zumindest einen konzernweiten Aktionstag durchzuführen: In den meisten Verlagen, u.a. auch im Verlagshaus des SV in München wurde ein Informationsflugblatt verteilt. Im Druckzentrum des SV entschieden die KollegInnen der Spätschicht, die ganze Schicht über einen Solistreik – auf Initiative des BR-Vorsitzenden - durchzuführen, was zeigt, dass die KollegInnen durchaus solidarisch handeln können und wollen. Der BR des SV konnte sich im Anschluss nur zu einer Unterschriftensammlung im Foyer des Verlagshauses durchringen, da angeblich die Beschäftigten der SZ nicht an der Situation beim Schwabo interessiert seien. Der Höhepunkt der Soliaktionen beim SV war eine Kundgebung vor dem Verlagshaus Anfang November, bei der ca. 250 KollegInnen aus dem SV und aus dem SV-Druckzentrum und eine Delegation der Streikenden des Schwabo teilnahmen.

Es stellt sich die Frage, warum der KBR des wichtigsten Verlags innerhalb der SWMH so lange gezögert und dann nur halbherzige Aktionen unternommen hat: Wollen sie nicht wahrhaben, dass auch sie von der Kosteneinsparungs- und Restrukturierungspolitik der Konzernleitung eingeholt werden können und sie dann auf die Solidarität der Belegschaften des ganzen Konzerns angewiesen sein werden oder denken sie, dass aufgrund der strukturellen Krise, in der sich die Verlage und auch die Druckereien befinden, ein „Anpassungs“prozess unumgänglich ist, bei dem sie sich als Vermittler zwischen den Interessen der Belegschaft und denen des Kapitals verstehen?

nächsten Angriffe – Aufbau eines konzernweiten Widerstandes dringlicher denn je

Die Konsequenzen müssen gezogen werden: Die Konzern- und Geschäftsleitung wartet nicht, die nächsten Angriffe sind da:

- Beim SV-Druckzentrum soll, nachdem ein Druckauftrag nur durch einen erheblichen Preisnachlass zurückgeholt werden konnte, ein Sparprogramm durchgesetzt werden.
- Ein Zeitungszustellbetrieb in München soll Ende Februar geschlossen werden, betroffen davon sind ca. 50 KollegInnen. Dieser gehört zwar formal nicht zum SV, da die SZ nur Minderheitsgesellschafter ist, aber ein Teilbetrieb der SZ ist der einzige Auftraggeber.
- Der Stuttgarter Verlagsdienstleister Pressehaus Stuttgart Infotechnik (PHIT) soll neu strukturiert werden. Betroffen sind: der Anzeigensatz (Druckvorstufe), die Bildbearbeitung und das Korrektorat. Betroffen sind voraussichtlich 17 KollegInnen.

Wenn es jetzt nicht gelingt, gegen diese erneuten Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze der Belegschaft in den betroffenen Betrieben und konzernweit Widerstand zu organisieren, wird dies die Konzernleitung als Signal verstehen, um noch weitere Angriffe zu starten. Dass Widerstand organisieren möglich ist, haben die Kolleginnen und Kollegen des Schwabo mehr als deutlich gezeigt!

Münchner Gewerkschaftslinker